

# Im Dienste außenpolitischer Interessen

## Ausländische Studierende in der DDR am Beispiel Jenas

**Rayk Einax**  
Jena

„Junge Sendboten“<sup>1</sup> war nur eine der eloquenten Bezeichnungen für die ausländischen Studierenden in der DDR, ganz im landestypischen offiziell-euphemistischen Jargon.<sup>2</sup> Analog zur außen- und kulturpolitischen Agenda der DDR wurde auch das Ausländerstudium an der FSU organisiert. Daher the-

matisiert der Beitrag zunächst die Außenbeziehungen der DDR, um zu verdeutlichen, daß die Auswahl bzw. „Delegierung“ der ausländischen Studierenden durchaus einer gewissen Systematik unterworfen war. Es folgt die Darstellung der maßgeblichen Voraussetzungen des Ausländerstudiums in der DDR. Schließlich wird anhand eines statistischen Überblicks über die ausländischen Studierenden einschließlich der Aspiranten an der Friedrich-Schiller-Universität Jena zwischen 1954 und 1990 eine exemplarische Vertiefung des Themas vorgenommen.

---

<sup>1</sup> Titel eines Artikels in den „Thüringer Neuesten Nachrichten“ vom 6./7.10.1977.

<sup>2</sup> Dessen Semantik steht natürlich im vollen Gegensatz zum heutigen „wissenschaftlichen“ Duktus. Allerdings werden derartige Formulierungen aus DDR-Dokumenten und -Veröffentlichungen in der Folge noch recht häufig zu zitieren sein – ohne darauf näher eingehen zu können.

# 1. Die außenpolitischen Interessen der DDR<sup>3</sup>

Vor 1954 hatten außenpolitische Aktivitäten für die DDR-Führung untergeordnete Bedeutung. Nachdem die DDR am 25. März 1954 von der Sowjetunion formell die Bestätigung ihrer Souveränität erhalten hatte und 1955 in den Warschauer Pakt integriert worden war, richtete sie ihre Politik auf die verstärkte Einbeziehung in das sozialistische osteuropäische Staatenbündnis aus. Die in den Verfassungen von 1968 und 1974 verankerte enge Anlehnung an die UdSSR machte diese zum uneingeschränkt wichtigsten Bündnispartner der DDR überhaupt. Die DDR stand in deutlicher politischer Abhängigkeit zu ihrem „großen Bruder“, denn dieser garantierte deren staatliche Existenz in toto, vor allem gegenüber den Alleinvertretungsansprüchen der BRD. Der im Juni 1964 abgeschlossene erste Vertrag über „Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“ bestimmte eine gegenseitige Abstimmung der Außenpolitik und war faktisch die explizite Bestandsgarantie der UdSSR für die DDR. Die DDR-Außenpolitik ordnete sich damit auch den internationalen Interessen der Sowjetunion unter, ohne prinzipiell eigenständig zu sein.

Die Anfechtung der staatlichen bzw. nach dem Grundlagenvertrag von 1972 der völkerrechtlichen Souveränität der DDR durch die BRD fand in der sogenannten Hallstein-Doktrin von 1955 ihre sichtbare Kulmination. Angesichts dieser Doktrin sah sich die DDR-Führung reaktiv zur Politik des westlichen deutschen Teilstaates einem ständigen „Leistungsdruck“<sup>4</sup> ausgesetzt, ohne daß sie zunächst ein wirksames Mittel gegen die aktive diplomatische Isolationspolitik der BRD fand. Die staatslegitimatorische Rolle der DDR-Außenpolitik wies dementsprechend beinahe „pathologische Züge“<sup>5</sup> auf. Die Außenpolitik beider deutschen Staaten war innen- bzw. deutschlandpolitisch funktionalisiert, um die eigene Existenz vor

<sup>3</sup> Vgl. zur DDR-Außenpolitik allgemein und zu verschiedenen Phasenmodellen und Periodisierungsansätzen im speziellen Erhard Crome, Raimund Krämer: Die Außenpolitik der DDR – Eine vorläufige Bilanz, in: Erhard Crome, Jochen Franzke, Raimund Krämer (Hg.): Die verschwundene Diplomatie. Beiträge zur Außenpolitik der DDR. Festschrift für Claus Montag, Berlin 2003, S. 26-45; Johannes Kuppe: 7 Phasen, in: Hans-Adolf Jacobsen u. a. (Hg.): Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR. Bestimmungsfaktoren, Instrumente, Aktionsfelder, 2. Aufl., München, Wien 1987, S. 173-200; Michael Lemke: Die Außenbeziehungen der DDR (1949-1966). Prinzipien, Grundlagen, Zäsuren und Handlungsspielräume, in: Ulrich Pfeil (Hg.): Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949-1989, Berlin 2001, S. 63-80.

<sup>4</sup> Alexander Troche: Ulbricht und die Dritte Welt. Ost-Berlins „Kampf“ gegen die Bonner „Alleinvertretungsanmaßung“, Erlangen, Jena 1996, S. 11.

<sup>5</sup> Ebd.

dem jeweils anderen (Teil-)Staat zu rechtfertigen, die spätestens seit 1954/55 maßgeblich von der entsprechenden Bündniszugehörigkeit zur NATO bzw. zum Warschauer Pakt geprägt wurde. Die DDR unterlag dabei der Notwendigkeit, eine eigenstaatliche Identität zu gewinnen, indem sie ständig einen eigenen völkerrechtlichen Status akzentuierte und versuchte, ihre Souveränität international durchzusetzen. Die Wiedervereinigungspolitik der Bundesregierung erschien dagegen bis zum Ende der 1960er Jahre als ständige Bedrohung, weil sie die internationale Anerkennung der DDR weitgehend verhindern konnte und das Legitimationsdefizit derselben sichtlich manifestierte. Der Grundlagenvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten vom 21. Dezember 1972 bildete eine entscheidende Zäsur in der Entwicklung der DDR-Außenpolitik. Der internationale Durchbruch und die nunmehr einsetzende diplomatische Anerkennung durch einen großen Teil der Staatenwelt vervielfachte zwar die außenpolitischen Möglichkeiten und Aktionsfelder, veranlaßte die DDR-Führung dennoch zu einer verstärkten Politik des „sozialistischen Internationalismus“.<sup>6</sup>

Diese Politik war von einer verstärkten Abgrenzung gegenüber den westlichen Staaten geprägt, während gleichzeitig das Engagement in der Dritten Welt ausgedehnt wurde. Um die aus dem Alleinvertretungsanspruch der BRD resultierende diplomatische Zwangsbeschränkung kompensieren zu können, wurden sukzessive Kontakte zu diversen Entwicklungsländern geknüpft und ausgebaut, die schließlich, wie erhofft, ab Ende der 1960er Jahre in eine beginnende diplomatische Anerkennung mündeten. Die Beziehungen der DDR zu den Staaten der „Dritten Welt“<sup>7</sup> waren ebenfalls in der Verfassung<sup>8</sup> verankert und gestalteten sich im Kampf gegen die außenpolitische Isolation bis 1972 fast ausschließlich vor dem Hintergrund eines deutsch-deutschen politischen Wettlaufes. Um unter diesen Voraussetzungen weitere Verbündete zu gewinnen, hatte die DDR-Regierung ein starkes Interesse an der Übernahme sowjetisch-so-

---

<sup>6</sup> Vgl. Rayk Einax: Praktizierte Integration. DDR-Außenpolitik und die Freundschaftsverträge der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Ein Überblick. In: Uwe Hoßfeld, Tobias Kaiser, Heinz Mestrup (Hg.): Hochschule im Sozialismus. Studien zur Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena (1945-1990). 2 Bde., Köln, Weimar, Wien 2007, Bd. 1, S. 585-596.

<sup>7</sup> In der offiziellen Literatur der DDR wurden Begriffe wie „Entwicklungsländer“, „junge Nationalstaaten“, „national befreite Staaten“ oder „Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas“ synonym verwendet.

<sup>8</sup> Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, 8. Aufl. Berlin (O.) 1989, S. 12, Art. 6, Abs. 3.

zialistischer Staatsmodelle in diversen Entwicklungsländern. Die in expliziter Abgrenzung von der BRD verfolgte Dritte-Welt-Politik der DDR war kein „Nebenschauplatz ideologischer Feindseligkeiten und eitler Prestigekämpfe“, sondern „ein Hauptfeld der von der SED-Führung als existentiell empfundenen Auseinandersetzung mit dem westdeutschen Nachbarn um Anerkennung, Stabilität und erhoffter innenpolitischer Legitimierung.“<sup>9</sup>

Da offene diplomatische Beziehungen mit den zumeist soeben unabhängig gewordenen Staaten zunächst nicht möglich waren, gründete die DDR in der Regel Handelsniederlassungen, die strategisch eine Brückenfunktion für die zukünftig erhoffte Aufwertung der Beziehungen bildeten. Darüber hinaus engagierten sich DDR-Diplomaten gegenüber den jeweiligen Ländern in der Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, knüpften kulturelle Kontakte, entsandten unterschiedliches Fachpersonal und ermöglichten die Ausbildung wissenschaftlicher und technischer Fachkräfte sowie von Lehrern und Ärzten in der DDR. Den Schwerpunkt der „antiimperialistischen Solidarität“<sup>10</sup> bildeten neben paktfreien vor allem „sozialistisch orientierte“ Staaten, mit denen aufgrund mehr oder weniger starker politischer Affinitäten seit den 1970er Jahren Verträge „über Freundschaft und Zusammenarbeit“ abgeschlossen wurden.

In der Auseinandersetzung der feindlichen Blöcke war es seit den 1970er Jahren für die DDR-Führung von entscheidender Bedeutung, die politischen und geistigen Eliten der Entwicklungsländer für das „sozialistische Lager“ zu vereinnahmen. Ihre enge Zusammenarbeit mit den etablierten Staatsparteien, Investitionen in z. T. fragwürdige Prestigeobjekte sowie die technische und organisatorische Hilfe wie z.B. die Ausbildung von Akademikern, Journalisten sowie Funktionären der Parteien, Massenorganisationen und Verwaltungsbehörden waren auch stets von dem Versuch motiviert, „die staatlichen Apparate dieser Länder zu durchdringen und Schlüsselpositionen mit im Ostblock ausgebildetem und/oder moskaufreundlichem Personal zu besetzen.“<sup>11</sup>

Der Versuch, entscheidenden Einfluß auf die Entwicklungsländer zu erlangen, ließ aber mangels Personal und Finanzen zunächst nur eine Konzentration auf einige wenige Länder zu. Mit der 1961 gegründeten „Liga für Völkerfreundschaft“ wurde versucht, die Kulturpolitik der

---

<sup>9</sup> Troche (wie Anm. 4), S. 118.

<sup>10</sup> Siehe Einax (wie Anm. 6).

<sup>11</sup> Ernst Hillebrand: Das Afrika-Engagement der DDR, Frankfurt am Main 1987, S. 234.

DDR gegenüber dem Ausland zu zentralisieren und zu intensivieren. Die hierin vereinten, bereits existierenden oder entstehenden Freundschafts- und Regionalgesellschaften hatten primär die Funktion, im nichtsozialistischen Ausland für eine diplomatische Anerkennung der DDR zu werben und ein freundliches Bild vom deutschen „Arbeiter- und Bauernstaat“ zu vermitteln. Viele Kulturabkommen mit Entwicklungsländern gingen der diplomatischen Anerkennung der DDR durch diese Staaten seit dem Ende der 1960er Jahre voraus. Internationale Anerkennung und „sozialistische Integration“<sup>12</sup> ermöglichten den politischen Entscheidungsträgern der DDR neue weltweite Zielsetzungen und damit auch eine Ausweitung des kulturpolitischen Engagements in den 1970er Jahren. Eines der wichtigsten Angebote der DDR an die Entwicklungsländer war die Ausbildung von Kadern auf ganz unterschiedlichen politischen, wissenschaftlichen oder beruflichen Sektoren.

Aus Sicht vieler Entwicklungsländer wurde die DDR hingegen „in erster Linie an der Höhe ihrer materiellen Hilfsleistungen gemessen und nicht an wohlmeinenden Solidaritätsbeteuerungen oder realitätsfernen ideologischen Deklamationen.“<sup>13</sup> Doch spätestens in den 1980er Jahren stagnierten die Hilfsleistungen der DDR, denn zum einen wurden ihre geringen ökonomischen Ressourcen durch die materiellen Wünsche der Entwicklungsländer vielfach überstrapaziert, zum anderen widerfuhr diesen Staaten ein Bedeutungsrückgang im Kalkül der DDR-Diplomatie, welche gleichzeitig und notgedrungen zunehmendes wirtschaftliches Interesse an den europäischen Industriestaaten entwickelte.

## **2. Das Ausländerstudium in der DDR**

### **2.1 *Ausländerstudium als Interessengebiet der DDR-Außenpolitik***

Die Ausbildung ausländischer Fach- und Führungskräfte in der DDR stellte einen bedeutenden Bestandteil der kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen zu anderen Staaten dar. Unter dem Begriff des Ausländerstudiums ist die akademische oder berufliche Ausbildung ausländi-

---

<sup>12</sup> Siehe DDR-Handbuch, 2 Bde., 3. Aufl., Köln 1985, S. 657.

<sup>13</sup> Bernhard von Plate: Die Außenpolitik und internationale Einordnung der DDR, in: Werner Weidenfeld, Hartmut Zimmermann (Hg.): Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989, Bonn 1989, S. 589-604, hier S. 602.

scher Studenten im Voll-, Teil- oder Zusatzstudium an den Hoch- und Fachschulen der DDR zu verstehen.<sup>14</sup> Vollstudenten weilten während des gesamten Studiums an den DDR-Hochschulen, Teilstudenten während eines begrenzten Studienabschnitts, und Zusatzstudenten strebten weitere Qualifikationen an oder führten Forschungsaufenthalte durch.

Das Ausländerstudium stellte im Verständnis der DDR-Außenpolitiker und -Wissenschaftler einen unmittelbaren Beitrag zur Annäherung aller „sozialistischen Bruderländer“, zur „sozialistischen ökonomischen Integration“<sup>15</sup> und zur wissenschaftlich-kulturellen Zusammenarbeit der „sozialistischen Staatengemeinschaft“ dar. Nicht zuletzt deshalb waren die Strukturen des DDR-Bildungswesens denen der Sowjetunion weitgehend angepaßt. Darüber hinaus galt das Ausländerstudium dem offiziellen Sprachgebrauch zufolge als „Ausdruck der Solidarität und engen Verbundenheit der DDR mit den national befreiten Ländern und den um Befreiung ringenden Völkern“.<sup>16</sup>

Das Ausländerstudium erfüllte eine wichtige Funktion in der Außenpolitik der DDR und hatte sich daher dem politischen Kalkül und einem entsprechenden Opportunitätsdenken der außenpolitischen und wissenschaftlichen Entscheidungsträger unterzuordnen.

## 2.2 *Formale Grundlagen des Ausländerstudiums*

Für ihre akademische oder berufliche Ausbildung erhielten Ausländer den Status des „länger befristeten Aufenthalts“, d.h. ein Aufenthaltsrecht auf Zeit für Berufsausbildung, Berufsausübung und Studium.<sup>17</sup> Für die Erteilung der Aufenthaltsgenehmigung war generell die „Hauptabteilung Paß- und Meldewesen“ des Innenministeriums zuständig. Neben dieser Behörde waren sowohl diverse Fachministerien als auch Vertreter gesellschaft-

---

<sup>14</sup> Vgl. Roland Wiedmann: Ausländerstudium in der DDR und die Aus- und Weiterbildung pädagogischen Personals, in: Pädagogik und Schule in Ost und West 36 (1988), S. 189-202, hier S. 189.

<sup>15</sup> Siehe Einax (wie Anm. 6).

<sup>16</sup> Siegfried Förster: 30 Jahre Ausländerstudium in der DDR, in: Deutsche Außenpolitik 26 (1981), H. 9, S. 29-35, hier S. 35.

<sup>17</sup> Gesetz über die Gewährung des Aufenthaltes für Ausländer in der Deutschen Demokratischen Republik – Ausländergesetz – vom 28. Juni 1979, § 2, in: Marianne Krüger-Potratz: Anderssein gab es nicht. Ausländer und Minderheiten in der DDR, Münster, New York 1991, S. 199-201; Anordnung über den Aufenthalt von Ausländern in der Deutschen Demokratischen Republik – Ausländerordnung (AAO) – vom 28. Juni 1979, in: ebd., S. 202/203.

licher Organisationen der nachrangigen Ebene und nicht zuletzt studentische Betreuer für die Beaufsichtigung des Ausländerstudiums an den Hochschulen verantwortlich. Dies beinhaltete allgemein die Sorge um die Einhaltung der Regelungen (gemäß den Regierungsabkommen) und im speziellen Dinge wie Paßkontrollen, die Einweisung und Aufsicht in den Wohnheimen, Arztbesuche, die Organisation von Deutschkursen usw.

Ausländische Studenten kamen größtenteils aufgrund bilateraler staatlicher Abkommen und Vereinbarungen zwischen den gesellschaftlichen Organisationen – Parteien, Gewerkschaften und Jugendverbände – in die DDR. Zudem war es möglich, durch internationale Organisationen, z.B. die Internationale Studenten-Union oder die UNESCO, ein Hochschulstipendium zu erhalten. Unter den „sozialistischen Bruderländern“ wurden die Studienplätze gegenseitig kostenlos zur Verfügung gestellt. Für die Entwicklungsländer wurden die Kosten z.B. für Stipendien, Wohnheimplätze und Mensaverpflegung weitestgehend durch die DDR übernommen. Seit Anfang der 1980er Jahre wurden verstärkt auch Studenten über „kommerzielle Verträge“ an den Universitäten aufgenommen, d.h., daß deren Herkunftsland für die Ausbildungskosten aufzukommen hatte. Individualbewerbungen, besonders aus westeuropäischen bzw. nichtsozialistischen Staaten, waren ab 1982 möglich, um die Devisenbilanz der DDR aufzubessern.

Um die Kontingente der Studentenzahl, Sprach- und Studienvorbereitung, die Finanzierung etc. festzulegen, wurden zentrale Arbeitspläne ausgearbeitet. Für deren Erstellung und die Beaufsichtigung ihrer Durchführung war das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (MHF) zuständig. Die Abteilung III des Ministeriums, welche sich in einen Sektor Auslandsstudium (von DDR-Studenten) und einen Sektor Ausländerstudium (in der DDR) unterteilte, erstellte die Perspektiv- und Jahrespläne nicht zuletzt unter politischen Gesichtspunkten. Deren Konzipierung lief mit den anderen sozialistischen „Bruderstaaten“ konform und verordnete bis ins Kleinste hinein die Regelungen des Studenten- und Dozentenaustauschs, die beteiligten Universitäten bzw. Hochschulen und die geplanten Veranstaltungen.<sup>18</sup> Die Abteilung entschied damit auch über die Kriterien der Studienplatzvergabe an die Gaststudenten und teilte diese auf die

---

<sup>18</sup> So sah z. B. ein 1971 zwischen dem MHF und dem sowjetischen Ministerium für Hochschulwesen und mittlere Spezialausbildung geschlossener Vertrag die intensive Kooperation bei der kommunistischen Erziehung der Studenten, die gemeinsame Planung des Hochschulwesens, der Wissenschaft und Forschung sowie die Aus- und Weiterbildung von Kadern vor. Vgl. Adolf Kruppa: Wirtschafts- und Bildungsplanung in der DDR. Theorie und Praxis der Plankoordination, Hamburg 1976, S. 54.

einzelnen Universitäten bzw. Hoch- und Fachschulen auf. Ein Studienfach- oder Hochschulwechsel war hierbei zunächst nicht vorgesehen.

Die Studienanfänger mußten, um wenigstens halbwegs vergleichbare Qualifikationen für eine Zulassung zum Studium in der DDR zu erreichen, das Zeugnis zur Hochschulzugangsberechtigung im Heimatland vorweisen und die deutsche Sprache beherrschen. Aspiranten benötigten ein Hochschulzeugnis, das formal dem DDR-Diplom gleichgestellt war. Ein Vollstudium dauerte, wie bei DDR-Studenten, in der Regel vier oder fünf, ein Zusatzstudium ein bis zwei Jahre. Teilstudenten hielten sich mehrere Monate in der DDR auf, während für eine „Promotion A“<sup>19</sup> drei Jahre vorgesehen waren.

Eine freie Selbstorganisation ausländischer Studenten war – obwohl formal gestattet – praktisch weitestgehend ausgeschlossen, denn unter dem Nachweis der „Übereinstimmung mit den Interessen von Staat und Gesellschaft“ mußte ggf. ein entsprechender Zulassungsantrag an das Innenministerium gestellt werden. Bestehende Vereinigungen der ausländischen Studenten unterlagen daher auch der Aufsicht durch Beauftragte dieses Ministeriums. Sie waren weitestgehend durch die Programmatik der kommunistischen bzw. sozialistischen Parteien der Entsendestaaten geprägt und in ihrer Bedeutung und Wirksamkeit eher marginal, da sie keine reellen Organisationen oder Interessenvertretungen darstellten und sie sich in der Regel auf die „organisierte“ Durchführung kultureller – sprich folkloristischer – Aktivitäten beschränken mußten.<sup>20</sup>

Nach Abschluss ihrer Ausbildung hatten die Studenten, wenn sie keinen weiteren Ausbildungs- oder Arbeitsplatz in der DDR erhielten, pflichtgemäß die Ausreise in ihre Heimatländer anzutreten.

### **2.3 *Das Herder-Institut – Sprachliche Studienvorbereitung der ausländischen Studenten und erste politische Einflußnahme***

Dem 1956 an der Karl-Marx-Universität Leipzig gegründeten Herder-Institut unterstand die studienvorbereitende Sprachausbildung der ausländi-

<sup>19</sup> Die „Promotion A“ entsprach einer Dissertation. Eine „Promotion B“, analog zur Habilitation, stand ausländischen Wissenschaftlern ebenfalls offen. Daneben gab es auch die Möglichkeit zur Fernaspirantur.

<sup>20</sup> Zu den Nationalen Studentenvereinigungen siehe Mac Con Uladh, Damian: Studium bei Freunden? Ausländische Studierende in der DDR bis 1970, in: Christian Th. Müller, Patrice G. Poutrus (Hg.): *Ankunft – Alltag – Ausreise. Migration und interkulturelle Begegnung in der DDR-Gesellschaft*, Köln, Weimar, Wien 2005, S.175-220, hier S. 192-196.



schen Studenten, d. h. die Vermittlung von „Deutsch als Fremdsprache“, um somit die entscheidende Grundlage für deren Hochschulbesuch (zusammen mit ihren deutschen Kommilitonen) zu schaffen. Das betraf insbesondere das Verständnis der zu besuchenden Lehrveranstaltungen, die Rezeption der Fachliteratur und die Verständigung im jeweiligen Fachgebiet auf hochschulgemäßem Niveau. In der Regel nahm der Sprachunterricht zehn, bei Aspiranten fünf Monate in Anspruch.

Neben der instrumentellen Verbreitung der deutschen Sprache im Ausland war es ein weiteres Ziel des Instituts, einer Vereinnahmung der zukünftigen Akademiker für das politisch-sozialistische Gesellschaftsmodell des „Arbeiter- und Bauernstaates“ Vorschub zu leisten. Der Sprachunterricht war somit

„oft der erste Kontakt der ausländischen Studenten mit dem Ausland im Allgemeinen und der DDR im Speziellen und hatte dementsprechend nicht nur Eingewöhnungsprobleme in einem mitteleuropäischen Land zu lösen, sondern auch die politisch-ideologischen Grundlagen dafür zu schaffen, daß aus einem in der DDR ausgebildeten Akademiker und potentiellen Angehörigen ausländischer Eliten auch ein Freund der DDR und Multiplikator des Sozialismus Moskauer oder Ost-Berliner Prägung wurde.“<sup>21</sup>

## 2.4 *Ausländerstudium in der DDR*

1951 wurde den ersten ausländischen Studenten eine Ausbildung in der DDR ermöglicht.<sup>22</sup> Diese konzentrierte sich zunächst auf technisch-naturwissenschaftliche Fächer. Damit einher ging auch die Etablierung eines DaF-Ausbildungszweiges an den DDR-Hochschulen, um einen obligatorischen studienbegleitenden Deutschunterricht abzusichern. Erste Abkommen über einen geregelten Studentenaustausch mit den sozialisti-

---

<sup>21</sup> Martin Praxenthaler: Die Sprachverbreitungspolitik der DDR. Die deutsche Sprache als Mittel sozialistischer auswärtiger Kulturpolitik, Frankfurt am Main [u. a.] 2002, S. 218.

<sup>22</sup> Vgl. u. a. ebd., S. 99f.; Förster (wie Anm. 16), S. 29; Peter Heilmann: 35 Jahre DDR – 35 Jahre Beziehungen der DDR zu Entwicklungsländern auf dem Gebiet des Hochschulwesens, in: Asien, Afrika, Lateinamerika. Zeitschrift des Zentralen Rates für Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften in der DDR 12 (1984), S. 813-820, hier S. 814; Erhard Hexelschneider, Hedda Angermann: Die Entwicklung der kulturellen und wissenschaftlichen Auslandsbeziehungen der Deutschen Demokratischen Republik, mit Dokumentenanhang, Eggersdorf 1983, S. 33; Roland Wiedmann: Strukturen des Ausländerstudiums in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Hans F. Illy, Wolfgang Schmitt-Streckenbach (Hg.): Studenten aus der Dritten Welt in beiden deutschen Staaten, Berlin 1987, S. 67-99, hier S. 67/68.

schen Partnerstaaten wurden zwischen 1958 und 1962 abgeschlossen.<sup>23</sup> Zu einem der wichtigsten Mittel der universitären Zusammenarbeit entwickelten sich gerade seit diesem Zeitraum die Freundschaftsverträge.<sup>24</sup>

Nach zunächst nur sporadischen außenpolitischen Kontakten zur „Dritten Welt“ orientierten sich die Verantwortlichen für Hochschulpolitik auf die Bildungshilfe für „nichtsozialistische“ Entwicklungsländer.<sup>25</sup> Dies beinhaltete nicht nur die Aufnahme von Studenten, sondern auch die Entsendung von Experten, die Lieferung von Lehrmaterial und die Übertragung von Lizenzen. Daher kam zu Beginn der 1960er Jahre die Mehrzahl der ausländischen Studenten in der DDR aus „nichtsozialistischen“ Ländern, vorzugsweise aus den „jungen Nationalstaaten“ Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Ab der Mitte der 1970er Jahre wurden hingegen die Studienplatzkontingente für sozialistische Staaten, und hier besonders für die Sowjetunion, sowie solcher Entwicklungsländer, an denen die DDR besondere außenpolitische und wirtschaftliche Interessen hatte, erhöht.<sup>26</sup> Die Kaderausbildung hatte nun eindeutig den Vorzug gegenüber dem Aufbau von Bildungseinrichtungen in den jeweiligen Staaten.

Eine eindeutige und unstrittige statistische Gesamtdarstellung über Anzahl und die jährlichen Veränderungen im Bestand der ausländischen Studierenden in der DDR steht m.W. bisher noch aus.<sup>27</sup> Laut offiziellen Angaben studierten 1989 5.078 ausländische Bürger an DDR-Hochschulen, das entsprach fast 3,9 Prozent aller Hochschulbesucher.<sup>28</sup> Durchschnittlich ca. sieben Prozent aller Ausländer in der DDR hatten einen

---

<sup>23</sup> 1958 mit der UdSSR, 1959 mit der KDVR, 1960 mit der ČSSR, 1961 mit der VR Bulgarien und 1962 mit der VR Ungarn.

<sup>24</sup> Siehe Einax (wie Anm. 6).

<sup>25</sup> Gemäß eines Ministerratsbeschlusses zur Erweiterung des Ausländerstudiums aus dem Jahr 1956. Vgl. Praxenthaler (wie Anm. 21), S. 213.

<sup>26</sup> Gemäß eines Beschlusses des Sekretariats des ZK der SED vom 18.12.1974 – „Entwicklung des Ausländerstudiums in der Deutschen Demokratischen Republik in den Jahren 1976 bis 1980“. Vgl. S. 214.

<sup>27</sup> Zur recht widersprüchlichen Statistik der ausländischen Studenten in der DDR siehe u. a.: Eva-Maria Elsner, Lothar Elsner: Zwischen Nationalismus und Internationalismus. Über Ausländer und Ausländerpolitik in der DDR 1949-1990. Darstellung und Dokumente, Rostock 1994, S. 77; Andrea Schmelz: Bildungsmigranten aus Afrika und Asien. Interkulturalität, Umbrüche und Neuorientierungen im geteilten und wiedervereinigten Deutschland. Frankfurt am Main, London 2004, S. 7; Mac Con Uladh (wie Anm. 20), S. 175/76; Heilmann (wie Anm. 22), S. 817; Praxenthaler (wie Anm. 21), S. 211-216; Statistisches Taschenbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1990, Berlin (O.) 1990, S. 126; Wiedmann (wie Anm. 14), S. 192-194; ders. (wie Anm. 22), S. 97.

<sup>28</sup> Vgl. Statistisches Taschenbuch (wie Anm. 27), S. 126.

studentischen Status (die sowjetischen Streitkräfte nicht mitgerechnet).<sup>29</sup> Auffällig ist die Unterrepräsentanz von Frauen im Ausländerstudium, wobei der Anteil von Studentinnen aus Osteuropa deutlich höher als der aus den Entwicklungsländern lag. Bis auf die technischen Studienfächer, die stets eine Männerdomäne bildeten, sind bei den übrigen Fachrichtungen insgesamt keine wesentlichen Diskrepanzen im Frauen-Männer-Verhältnis festzustellen.<sup>30</sup>

### **3. Ausländerstudium an der FSU Jena – Ein Fallbeispiel**

Mit jeweils zehn Chinesen und Nordkoreanern besuchten im Studienjahr 1954/55 erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg wieder ausländische Studierende regulär die Jenaer Universität und nahmen ihr Studium an der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät auf.<sup>31</sup> Wenig später trafen auch Vietnamesen, Rumänen, Sudanesen, Syrer u.a. ein.<sup>32</sup> Die spannungsreichen Beziehungen zwischen der UdSSR und der VR China hatten zur Folge, daß bis 1963 der letzte chinesische Student die Universität verlassen hatte. Erst im Jahr 1987 nahm ein chinesischer Aspirant wieder ein Studium in Jena auf. Die letzten irakischen Studenten an der FSU wurden 1962 immatrikuliert, denn ab 1963 wurden vorläufig keine Iraker mehr zum Studium in der DDR zugelassen.<sup>33</sup>

Im Vergleich zur gesamten DDR lag der Anteil ausländischer Studenten an der FSU teilweise erheblich unter dem Durchschnitt. Während das Verhältnis DDR-weit 1970 2,2 Prozent, 1975 2,4 Prozent und 1980 3,5

---

<sup>29</sup> Vgl. Mac Con Uladh (wie Anm. 20), S. 175.

<sup>30</sup> Vgl. Bärbel Last: Frauen im internationalen Austausch der Hochschulen in der DDR, Berlin 1993.

<sup>31</sup> Vgl. u. a. Max Steinmetz (Hg.): Geschichte der Universität Jena 1548/58-1958. Festgabe zum vierhundertjährigen Universitätsjubiläum, 2 Bde., Bd. 1: Darstellung, Jena 1958, S. 753.

<sup>32</sup> Siehe Tabelle 1.

<sup>33</sup> Vgl. Karl-Heinz Woitzik: Die Auslandsaktivität der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Organisationen – Wege – Ziele, Mainz o.J. [ca. 1965].

Prozent betrug,<sup>34</sup> hinkte die FSU mit jeweils 0,79 Prozent, 2,2 Prozent und 2,14 Prozent hinterher.<sup>35</sup>

Für einen regelrechten Einbruch des Ausländerstudiums in Jena zu Beginn der 1970er Jahre gab es ganz spezifische Gründe.<sup>36</sup> Der von der Regierung im Rahmen der III. Hochschulreform angestrebte Profilverwandlung sah für die Jenaer Universität u.a. die Konzentration auf den wissenschaftlichen Gerätebau vor. Aus den daraus resultierenden Vorgaben des Geheimnisschutzes sollten „keine ausländischen Studenten Eingang in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich“<sup>37</sup> bekommen. In den darauf folgenden Jahren wurden keine neuen Kontingente an der FSU aufgenommen und viele der verbliebenen Studenten auf andere DDR-Hochschulen aufgeteilt.<sup>38</sup>

Ab 1970 erfolgte der verhältnismäßig massive Ausbau des germanistischen Teilstudiums sowjetischer, tschechoslowakischer und ungarischer Studenten,<sup>39</sup> welcher eigentlich im Widerspruch zu den ursprünglichen Plänen stand.<sup>40</sup> Offensichtlich wurden aber die Absichten, das Ausländerstudium in Jena weitestgehend abzuschaffen, mit dem Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker wieder aufgegeben.<sup>41</sup>

Die seit 1973/74 existierenden „Salvador-Allende-Stipendien“ für das Studium von jährlich bis zu 20 chilenischen Studenten in der DDR ermöglichte ihnen auch das Studium an der FSU. In Jena war im Jahr 1976

---

<sup>34</sup> Vgl. auch die absoluten Zahlen in: Dietmar Waterkamp: Handbuch zum Bildungswesen der DDR, Berlin 1987, S. 328.

<sup>35</sup> Die Zahlen für die FSU Jena beinhalten den Anteil von Voll- und Teilstudenten. Siehe Übersicht 2; hier sind nur die Vollstudenten berücksichtigt.

<sup>36</sup> Siehe Übersichten 1 u. 2.

<sup>37</sup> Aussprache mit Genosse Ulbricht am 26.4.1968 in der Sektion Physik der Friedrich-Schiller-Universität, in: Universitätsarchiv Jena (UAJ) VA 2744, Bl. 86. Diese Regelung galt auch für ausländische Besucher. Siehe ebd.

<sup>38</sup> Bis 1975 war laut Prognosen der Jahre 1968/69 lediglich der Verbleib von fünf (Germanistik-)Studenten an der FSU vorgesehen. Siehe Entwurf. Die perspektivische Entwicklung der Friedrich-Schiller-Universität [...]. Anlage 1.6, in: UAJ VA 1238, Bl. 29/30.

<sup>39</sup> Siehe Punkt 3.3.

<sup>40</sup> Vgl. Schreiben des Ministers für Hoch- und Fachschulwesen an den Rektor vom 23.9.1970, in: UAJ VA 2531.

<sup>41</sup> In den Planungen des Jahres 1971 spiegelte sich der Machtwechsel wider. Die Kontingente waren offenbar vom MHF gegenüber 1968/69 auf den jährlichen Aufenthalt von zehn „Fachstudenten“ und 20 Aspiranten erhöht worden. Siehe Staatliche Aufgaben zur Ausarbeitung des Entwurfs des Fünfjahresplanes 1971 bis 1975 für Friedrich-Schiller-Universität vom 6.8.1971, in: UAJ VA 5105.

der Höhepunkt mit sieben Neuimmatrikulationen erreicht. Seit 1981 wurden diese Stipendien auch für andere ausländische Kandidaten zugänglich. Der Anteil von Vertretern aus jüngst zuvor entstandenen afrikanischen Bündnisstaaten, aus der VR Angola und der VR Moçambique, blieb in Jena hingegen marginal.<sup>42</sup>

Ein „kommerzielles“ Studium nahmen an der FSU vorwiegend syrische Aspiranten mit mathematischem oder medizinischem Schwerpunkt auf, die 1984/85 in mehreren Gruppen – insgesamt 27 – nach Jena kamen.<sup>43</sup> Bis 1989 waren noch 15 weitere „Kommerzstudenten“ über devisenträchtige „AHB-Verträge“<sup>44</sup> an der Universität immatrikuliert.<sup>45</sup> Allein für das Studienjahr 1984/85 konnte die Universität 50 „Direktstudienplätze“ „zum Verkauf an Ausländer“ bereitstellen,<sup>46</sup> die aber offensichtlich nicht voll in Anspruch genommen wurden. Ab 1985 waren an der FSU aufgrund des Zwanges der DDR zur vermehrten Devisenerwirtschaftung auch Bewerbungen von Einzelpersonen aus „kapitalistischen“ Ländern möglich.<sup>47</sup>

---

<sup>42</sup> Siehe Übersicht 3 u. 9.

<sup>43</sup> Siehe Abschrift eines intercoop-Vertrages mit Syrien von 1984. In: UAJ ZA 1059.

<sup>44</sup> AHB – Außenhandelsbetrieb

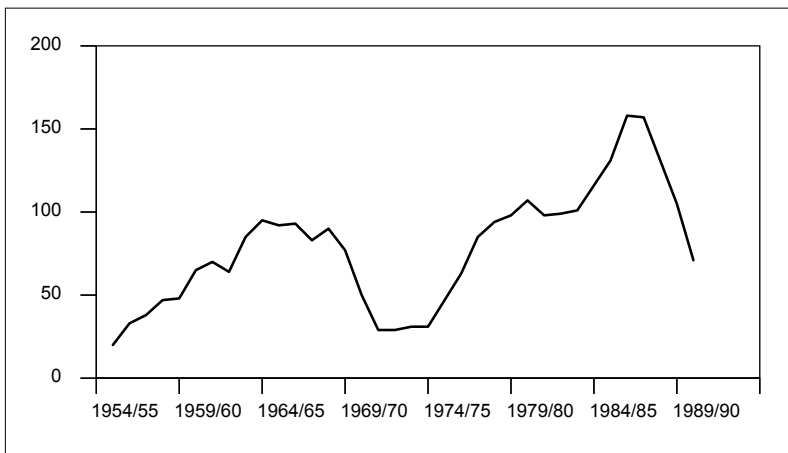
<sup>45</sup> Diese sind aber nicht in den Studentenkarteien des UAJ zu verifizieren. Deshalb konnten sie auch nicht in der statistischen Auswertung dieses Artikels berücksichtigt werden. Die zwischen 1986 und 1989 aufgenommenen 15 Studenten verteilen sich wie folgt: 6 (Sudan), 2 (Ägypten), 2 (Syrien), 2 (Jordanien), 1 (Griechenland), 1 (Kolumbien), 1 (Kamerun). Siehe UAJ ZA 1059. Für die Aufnahme eines Studiums durch (mindestens) acht nigerianische „Kommerzstudenten“ seit 1983 gibt es dagegen bislang keinen (schriftlichen) Beleg, wenngleich Wolfgang Theml, der damalige Mitarbeiter des DIB – Abt. Ausländerstudium, deren Anwesenheit in Jena definitiv bejaht. Gespräch mit Wolfgang Theml am 11. Oktober 2005.

<sup>46</sup> Siehe Schreiben des Büros für Auslandsprojekte beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen vom 14.6.1983, in: UAJ VA 5011.

<sup>47</sup> Studenten aus den USA sollten z. B. zunächst monatlich 250 Dollar für ein Studium in Jena bezahlen, wobei ein Stipendium von 350 Mark inklusive war. Siehe Korrespondenz vom 4.11.1985, in: UAJ ZA 1061.

### 3.1 Vollstudenten<sup>48</sup>

In den 35 Jahren zwischen 1954 und 1990 studierten insgesamt 712 ausländische Kommilitonen an der Friedrich-Schiller-Universität. Der absolute Höhepunkt des Ausländerstudiums war um die Mitte der 1980er Jahre erreicht, als z.B. im Studienjahr 1985/86 insgesamt 158 ausländische Studenten an der FSU vertreten waren (Übersicht 1).<sup>49</sup>



*Übersicht 1: Anzahl der ausländischen Studenten an der Universität Jena 1954/55-1989/90<sup>a</sup>*

<sup>a</sup> Grundlage der Zuordnung ist hierbei das Jahr der Immatrikulation.

Der Anteil aber, den die ausländischen Kommilitonen an der Gesamtzahl aller Studierenden an der FSU innehatten, überstieg bis 1980 die Marke von 2,5 Prozent nicht (Übersicht 2).

Aufschlussreich ist, aus welchen Ländern und in welchen Zeiträumen die ausländischen Studierenden nach Jena gekommen sind (Übersicht 3).<sup>50</sup>

<sup>48</sup> Das Hauptkriterium der Erhebung der ausländischen Vollstudenten bildet ihre namentliche Verifizierbarkeit anhand der Studentenakten im Universitätsarchiv. Das heißt, sie müssen regulär an der FSU immatrikuliert gewesen sein, zunächst unabhängig davon, ob sie ihren gesamten Studienaufenthalt von mehreren Jahren in Jena verbrachten oder nur ein oder wenige Semester.

<sup>49</sup> Vgl. die entsprechende Entwicklung in der DDR in: Mac Con Uladh (wie Anm. 20), S. 219.

<sup>50</sup> Grundlage der Zuordnung ist hierbei das Jahr der Immatrikulation.



**Übersicht 2: Anteil der ausländischen Studenten an der Gesamtstudentenzahl 1954/55-1980/81**

Quelle u. a.: An der Friedrich-Schiller-Universität immatrikulierte Studenten 1945-1980, in: Siegfried Schmidt (Hg.): Alma mater Jenensis. Weimar 1983, S. 500/501.

**Übersicht 3: Anzahl der ausländischen Studenten im Fünfjahres-Rhythmus nach Herkunftsländern**

	1954-58	1959-63	1964-68	1969-73	1974-78	1979-83	1984-89/90	Gesamt
DR Afghanistan			2			2	12	16
Ägypten		1	2					3
SVR Algerien		5						5
VR Angola						1		1
Soz. Äthopien						2	8	10
VR Benin						2		2
Bolivien					1			1
Brasilien							1	1
SR Burma			1					1
Ceylon <sup>a</sup>		1	1					2
Chile			1		9	5	1	16
Costa Rica			1					1
ČSSR	2		1	3	10	6	18	40
Ecuador		3						3
Finnland			1					1
Gabun			2					2
Ghana		2	2					4
Griechenland		1	1		1	1	2	6
Großbritannien			1					1
Guatemala							1	1
Guinea		4	1		2			7

	1954-58	1959-63	1964-68	1969-73	1974-78	1979-83	1984-89/90	Gesamt
Guinea-Bissau						1	1	2
Indonesien		1	2					3
Irak		12	1				1	14
Italien		1						1
Japan			1					1
Jemen		1						1
Jordanien		1						1
Jordanien (PLO)						1		1
Kamerun		1	2					3
VR Kampuchea							2	2
Kapverden					1			1
KDVR	15						5	20
Kenia		4	2					6
Kolumbien		1						1
VR Kongo		3	1					4
Kuba						11	34	45
VDR Laos					1	1	1	3
Libanon			1					1
Liberia		1						1
Madagaskar		1						1
Mali		1						1
Marokko		1	1					2
Mauritius		3						3
Mexiko		1					1	2
Mongolische VR						7	1	8
Namibia							1	1
Nigeria			3					3
Nicaragua						1	2	3
Peru		3						3
Portugal							1	1
Rhodesien <sup>b</sup>			1					1
Senegal							1	1
Somalia		2	2					4
Spanien			2					2
SR Rumänien	2							2
SR Vietnam	9	5	2		5	15	3	39
Südafrika					1	3		4
Südafrika (ANC)					1			1



	1954-58	1959-63	1964-68	1969-73	1974-78	1979-83	1984-89/90	Gesamt
Sudan	7	14	16					37
Syrien	3	2	1					6
Tanganjika <sup>c</sup>			2					2
Togo		1					1	2
Tunesien		1						1
k. A.					1		1	2
Türkei						1		1
UdSSR				35	75	61	38	209
Uganda		1						1
USA		1						1
VDR Jemen		1			3	7	3	14
Venezuela		4	4					8
VR Bulgarien	3	23	4	4	9	7		50
VR China	23							23
VR Polen	2	1		1	1	1	3	9
VR Ungarn			13	7	2		7	29
Gesamt	66	109	78	50	123	136	150	712

<sup>a</sup> heutiges Sri Lanka

<sup>b</sup> heutiges Simbabwe

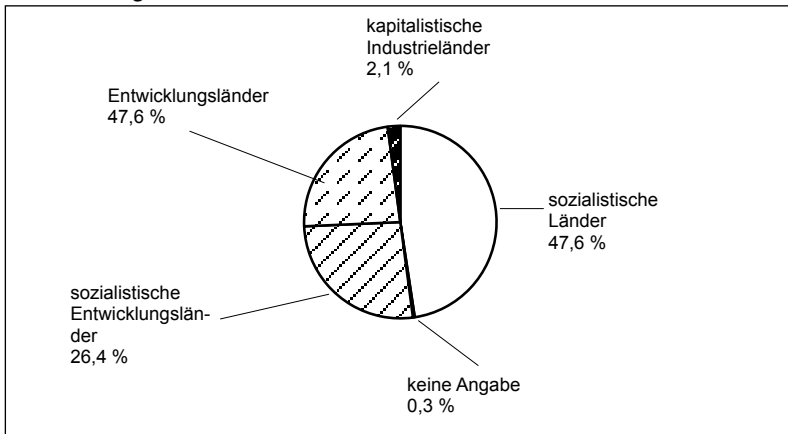
<sup>c</sup> heutiges Tansania

Die Studierenden stammten aus ca. 70 Herkunftsländern. Die größten Kontingente, insgesamt knapp die Hälfte aller Studierenden, entsandten sozialistische Staaten und dabei allein die UdSSR fast 30 Prozent (Übersicht 4). Aus „sozialistischen Entwicklungsländern“ kamen nochmals über 26 Prozent und aus der restlichen „Dritten Welt“ über 23 Prozent (Übersicht 5).

#### *Übersicht 4: Herkunftsländer der ausländischen Studenten nach Gesamthäufigkeiten (Auswahl)*

	Häufigkeit	Prozent
ČSSR	40	5,62
KDVR	20	2,81
Kuba	45	6,32
SR Vietnam	39	5,48
Sudan	37	5,20
UdSSR	209	29,35
VR Bulgarien	50	7,02
VR China	23	3,23
VR Ungarn	29	4,07

### Übersicht 5: Herkunft der ausländischen Studenten nach Länderkategorien



Bis Ende der 1960er Jahre wurde das FSU-Ausländerstudium von Entwicklungsländern dominiert und nicht von den „Bruderstaaten“. Anfang der 1970er Jahre setzte sich dann allerdings zunächst die Provenienz aus den sozialistischen Ländern durch. Ab dem Ende der 1970er Jahre entwickelt sich dann eine verstärkt internationale Ausrichtung des Ausländerstudiums in der DDR und bescherte Jena eine Vielzahl von Kommilitonen aus „sozialistischen“ Staaten, „sozialistischen Entwicklungsländern“ bzw. von „revolutionären Befreiungsbewegungen“ aus aller Welt (Übersicht 6).<sup>51</sup>

### Übersicht 6: Herkunft der ausländischen Studenten nach Länderkategorien im Fünfjahres-Rhythmus

	Soz. Staaten	Soz. Entwicklungsländer	Entwicklungsländer	Kap. Industriestaaten	k. A.	Gesamt
1954-58	9	47	10			66
1959-63	24	9	73	3		109
1964-68	18	5	49	6		78
1969-73	50					50
1974-78	97	9	15	1	1	123
1979-83	75	47	12	2		136
1984-89/90	66	71	9	3	1	150
Gesamt	339	188	168	15	2	712

<sup>51</sup> Vgl. die Entwicklung in der gesamten DDR in: Mac Con Uladh (wie Anm. 20), S. 220.

Die Mehrzahl der Studierenden – ca. 60 Prozent – war männlich. Nur in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre überwogen Studentinnen im Geschlechterverhältnis. In den darauffolgenden Jahren war eine gewisse Parität erreicht. Länder, aus denen eine überwiegende Anzahl Frauen an die FSU kamen, bildeten die Ausnahme. Wo dies der Fall war, befanden sich diese vorwiegend zum Lehramtsstudium in Jena, wie z. B. die sowjetischen Studentinnen in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre. Gleiches gilt für die ČSSR und die VR Ungarn.

Die dominierenden Fächer waren mit insgesamt etwa 36 Prozent die Naturwissenschaften, dicht gefolgt von den Sprachwissenschaften. Immerhin acht Prozent studierten (marxistisch-leninistische) Philosophie in Jena (Übersicht 7).

*Übersicht 7: Häufigkeiten der Fächerkategorien der ausländischen Studenten*

	Häufigkeit	Prozent
Sprachwissenschaften	244	34,3
Naturwissenschaften	255	35,8
Medizin/Zahnmedizin/Pharmazie	121	17
Philosophie	57	8
Sonstige	35	4,9
Gesamt	712	100

Nachdem Naturwissenschaften und Medizin die Anfangsjahre des Ausländerstudiums beherrschten, wurden diese Anfang der 1970er Jahre vom linguistisch-sprachpädagogischen Fachstudium abgelöst. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre hatte sich das Verhältnis dann beinahe ausgeglichen (Übersicht 8).

Von den insgesamt 712 Studierenden schlossen nachweislich immerhin 459, das entspricht über 64 Prozent, ihr Studium in Jena mit der Diplomprüfung ab.

*Übersicht 8: Fächerkategorien der ausländischen Studenten im Fünfjahres-Rhythmus*

	Sprachw.	Naturw.	Medizin/ Zahnmedi- zin/Pharma- zie	Philosophie	Sonstige	Gesamt
1954-58	3	54	7	2		66
1959-63	1	51	57			109
1964-68	11	21	40		6	78
1969-73	27	20	3			50
1974-78	76	19	4	10	14	123
1979-83	68	25	4	27	12	136
1984-89/90	58	65	6	18	3	150
Gesamt	244	255	121	57	35	712

### 3.2 Teilstudium, Aspirantur und Zusatzstudium

Im Teilstudium sah vor allem das MHF die Hauptform und die praktischste Lösung des Germanistikstudiums für Ausländer in der DDR. Die über zentrale Kontingente nach Jena entsandten Teilstudenten hielten sich daher zumeist im Rahmen ihrer Deutsch-Sprachausbildung für bis zu zehn Monate an der FSU auf. Das Teilstudium wurde in Jena jedoch nur in den 1970er Jahren durchgeführt, da es vor 1970 bzw. nach 1978 in dieser Form nicht weiter praktiziert worden ist. Die Teilstudenten kamen ausschließlich aus der UdSSR, der ČSSR und der VR Ungarn. Der Aufenthalt in Jena dauerte zwischen zwei und zehn Monaten. Die absolut häufigste Zeitspanne betrug fünf Monate.

Bei den 173 ausländischen Aspiranten,<sup>52</sup> die an der FSU studiert haben, war die deutliche Mehrheit, nämlich mindestens 78 Prozent, männlichen Geschlechts. Der Herkunft nach dominierten noch vor der UdSSR und der ČSSR Aspiranten aus Entwicklungsländern und hierbei vorwiegend aus Staaten mit einem als „sozialistisch“ propagiertem Gesellschaftssystem. Überdurchschnittlich viele kamen aus der SR Vietnam und aus Syrien (Übersicht 9).

<sup>52</sup> „Aspirantur“ ist hier gleichbedeutend mit der „Promotion A“.

*Übersicht 9: Herkunftsländer der ausländischen Aspiranten*

	Häufigkeit	Prozent
DR Afghanistan	1	0,6
Ägypten	9	5,2
Algerien	1	0,6
Argentinien	1	0,6
Soz. Äthiopien	3	1,7
ČSSR	7	4,0
Großbritannien	1	0,6
Griechenland	1	0,6
Guinea-Bissau	1	0,6
Guinea	2	1,2
Indien	5	2,9
Irak	5	2,9
Iran	1	0,6
Japan	1	0,6
KDVR	3	1,7
Kolumbien	1	0,6
Kuba	9	5,2
VDR Laos	2	1,2
Mexiko	4	2,3
Nicaragua	1	0,6
Jordanien (PLO)	1	0,6
Portugal	2	1,2
Spanien	1	0,6
SR Vietnam	25	14,5
Südafrika	1	0,6
Südafrika (ANC)	1	0,6
Sudan	2	1,2
Syrien	28	16,2
UdSSR	15	8,7
VDR Jemen	7	4,0
VR Bulgarien	11	6,4
VR China	6	3,5
VR Moçambique	1	0,6
VR Polen	4	2,3
VR Rumänien	2	1,2
VR Ungarn	1	0,6
k. A.	6	3,5
Gesamt	173	100,0

Der größte Teil der Aspiranten, etwa 35 Prozent, beanspruchte die Dauer von drei Jahren. Etwa ein gleich hoher Prozentsatz benötigte dafür aber auch vier oder fünf Jahre. Die häufigsten Promotionsfächer waren Physik, Chemie und die Medizin, gefolgt von der (marxistisch-leninistischen) Philosophie. 64 Kandidaten – dies entspricht 37 Prozent – haben ihre Aspirantur nachweislich auch abgeschlossen. Eine anschließende „Promotion B“ blieb in Jena aber die Ausnahme.

Zu den „Sendboten der Freundschaft“ zählten auch die 162, wiederum vorwiegend männlichen, sogenannten Zusatzstudenten. Diese hatten in der Regel schon einen Studienabschluß in ihren Heimatländern erworben und weilten zur Weiterbildung, die sich über mehrere Monate erstreckte, oder zu Forschungsaufenthalten an der FSU.

#### **4. Fazit**

Das Ausländerstudium stellte ein nicht zu vernachlässigendes Rekrutierungspotential für die DDR-Führung dar – und dies nicht ausschließlich unter den ideologischen Prämissen. Deshalb war die Einladung ausgewählter Studentinnen und Studenten aus Ländern, mit denen die außenpolitische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit vertieft werden sollte bis in die 1980er Jahre folgerichtig. Erst danach erzwang die ökonomische Baisse auch für andere Studienbewerber eine Öffnung.

In der akademischen Ausbildung der ausländischen Studenten an der FSU Jena spiegelte sich die DDR-Außenpolitik offen wieder und folgte damit den vorgegebenen Ansprüchen und phasenweisen Entwicklungen. Für die Universität selbst wurden die Kommilitonen aus dem Ausland mit ihren recht heterogenen Mentalitäten und Lebensweisen jedoch quantitativ nicht zum entscheidenden oder charakteristischsten Merkmal. Ausdruck dessen war trotz aller propagandistischen Solidaritätsphrasen nicht zuletzt die bescheidene soziale und geografische Randexistenz der „jungen Sendboten der Freundschaft“ im Jenaer Stadtmilieu.